

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Hans-Josef Bracht (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

### Personalentwicklung des Landesbetriebes Mobilität

Die **Kleine Anfrage 1021** vom 1. Oktober 2007 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der Straßenwärter im Landesbetrieb Mobilität (früher LSV) bis zum aktuellen Stand entwickelt?
2. In welchen Vergütungs- oder Besoldungsgruppen sind die Straßenwärter des Landesbetriebes in welcher Zahl eingestuft?
3. Beabsichtigt die Landesregierung bzw. die Leitung des Landesbetriebes, die Aufgabenbereiche der Straßenwärter zu verändern oder ggf. an externe Auftragnehmer zu verlagern?
4. Welche Personalentwicklung strebt die Landesregierung bzw. die Leitung des Landesbetriebes bei den Straßenwägtern an?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bzw. die Leitung des Landesbetriebes ergriffen, um die anhaltende Kreditfinanzierung von Personal- und Verwaltungskosten des Landesbetriebes zu beenden?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Oktober 2007 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Zahl der Straßenwägterinnen und Straßenwägter im Landesbetrieb Mobilität (LBM) – früher Landesbetrieb Straßen und Verkehr – hat sich wie folgt entwickelt:

Stand	Zahl *)
31. Dezember 2002	1 963
31. Dezember 2003	1 922
31. Dezember 2004	1 919
31. Dezember 2005	1 898
31. Dezember 2006	1 879
31. August 2007	1 859

\*) Inklusive langfristig Beurlaubte, ohne Auszubildende.

Zu Frage 2:

Die Straßenwärterinnen und Straßenwärter sind derzeit in folgenden Entgeltgruppen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) eingruppiert:

Entgeltgruppe	Zahl der Straßenwärterinnen und Straßenwärter
3	2
4	2
5	1 405
6	56
7	135
8	240
9	19

Zu Frage 3:

Im Landesbetrieb wurden betriebswirtschaftliche Kontroll- und Steuerungsinstrumente eingeführt, die es ermöglichen, die Betriebsabläufe im Straßenunterhaltungsdienst zu analysieren und effizienter zu gestalten. Die bisher erreichten Ansätze sind so positiv, dass eine Vergabe von Aufgaben an Externe nicht in Betracht gezogen wird.

Zu Frage 4:

Aufgrund der Modernisierung von Fahrzeugen und Geräten und der damit einhergehenden Veränderung der Arbeitsabläufe ist es möglich, den Personalbestand bei den Straßenmeistereien sukzessive im Rahmen der altersbedingten Fluktuation zu vermindern. Es ist vorgesehen, die derzeitige Personalsollstärke pro Straßenmeisterei von 24 Straßenwärterinnen und Straßenwägern zunächst auf 21 und ab dem Jahre 2013 bis zum Jahre 2018 auf 20 zu senken.

Diese Maßnahmen werden durch ein Personalentwicklungskonzept flankiert. So wird der LBM rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Chance geben, sich sowohl innerhalb des Landesbetriebs als auch durch externe Bildungsmaßnahmen weiterzuqualifizieren und damit beruflich fortzuentwickeln. Bereits seit dem Jahre 2006 läuft ein Qualifizierungskonzept für das Straßenunterhaltungspersonal, das bis zu 80 Straßenwärterinnen und Straßenwägern die Möglichkeit eröffnet, sich zu staatlich geprüften Bautechnikerinnen und Bautechnikern fortzubilden.

Zu Frage 5:

Bei der Gründung des Landesbetriebs im Jahre 2002 war als Ziel bestimmt worden, dass im Jahre 2018 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erreicht wird, d. h., dass eine Neukreditaufnahme nicht mehr erforderlich ist. Um dieses Ziel zu erreichen, ist – wie die Landesregierung beispielsweise in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Landtags am 28. September 2006 im Einzelnen dargelegt hat – stufenweise bis zum Jahre 2018 ein Einsparvolumen von 47 Mio. €/Jahr zu erwirtschaften.

Nach dem im Jahre 2006 verabschiedeten und eingeleiteten Kostensenkungsprogramm können die genannten Einsparungen erbracht werden. Gegenstand dieses Programms sind die Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung, die Einführung eines Zentraleinkaufs sowie eine Reihe von Maßnahmen zur Optimierung des Straßenunterhaltungsdienstes. Alle erforderlichen Maßnahmen werden sozialverträglich umgesetzt.

In Vertretung:  
Dr. Carsten Kühl  
Staatssekretär